

"In den letzten Jahren hat der Sextourismus in aller Welt und vor allem in Südostasien zugenommen", sagte Vic Gilen am Dienstagmorgen auf einer Pressekonferenz. Er ist Leiter der luxemburgischen Sektion der Organisation ECPAT: End child Prostitution And Trafficking. Vor einigen Jahren hat sich die ECPAT weltweit gegründet, um Strategien zu entwickeln, wie man dem Sextourismus mit Kindern einen Riegel vorschieben kann. Mittlerweile wird in Zusammenarbeit mit Reiseunternehmen und Fluggesellschaften Aufklärungsarbeit geleistet. Außerdem ist ECPAT vor Ort aktiv: Aufklärung der Eltern, Kinder, SozialarbeiterInnen und PolitikerInnen, Intervention in den Familien, Rehabilitation missbrauchter Kinder. Auch die Vergabe von Mini-Krediten öffnet Alternativen zur Prostitution als Einnahmequelle.

In juristischer Hinsicht hat sich in Europa zumindest schon etwas getan, es ist mittlerweile möglich, wie kürzlich in Deutschland und Frankreich geschehen, Sextouristen zu verurteilen, auch nach Luxemburger Recht geht das seit letztem Jahr. Dennoch kommt es nur in den seltensten Fällen zu einer Verurteilung, da die Kinder oder Jugendlichen in den Entwicklungsländern nur ganz selten Anklage erheben (können). Wenn das aber passiert, greift ECPAT ein und unterstützt unter anderem die Reise der Kinder, um hier vor einem Gericht gegen den Täter aussagen zu können.

Die Idee, endlich auch in Luxemburg Ombudspersonen zu schaffen, ist alles andere als neu. Bis auf Luxemburg, Griechenland und Deutschland haben alle EU-Staaten diese VolksanwältInnen. Ihre Aufgabe ist es, sich für die Rechte der BürgerInnen gegenüber dem Staat einzusetzen. Die Ombudsperson soll als neutraleR VermittlerIn gelten. Zahlreiche Motionen sind schon zu diesem Thema durch die Chamber gegangen - ohne Erfolg. Deshalb haben Dienstag Jeannot Krecké und Lydie Err (LSAP) der Presse einen Gesetzesvorschlag vorgelegt: Die Ombudsperson soll in ihrer Arbeit nicht durch Geheimnisse der Verwaltung behindert werden, Recht auf Expertenunterstützung haben, sowie befugt sein, Gesetzesvorschläge zu unterbreiten. Am wichtigsten sei die Unabhängigkeit dieser Person, die vom Parlament nominiert werden soll und bis zu zehn Jahren im Amt bleiben könnte, so Err. Gern hätte Jeannot Krecké bereits in der Telefonaffäre auf eine Ombudsperson zurückgegriffen. Am nötigsten scheinen aber zur Zeit die Kinder in Luxemburg eine Ombudsperson zu brauchen. Steht zu hoffen, dass nun aus dem Gesetzesvorschlag bald ein Gesetz wird und nicht die endlose Diskussion ob Ombudsperson oder -komitee wieder losgetreten wird.

Am Montag stellten die Lehrbeauftragten von Vor- und Primärschule ihre Forderungen der Presse vor: Regularisierung der Arbeitsverträge der 450 Lehrbeauftragten, die schon über drei Jahre in diesem Bereich arbeiten, und Weiterbildungs- und Regularisierungsmöglichkeiten auch für diejenigen "Chargé-e-s de cours", die noch nicht so lange dabei sind. Einen Tag nach der Pressekonferenz hatte eine Delegation der "chargé-e-s de cours" ein Treffen mit der Unterrichtsministerin Anne Brasseur, um mit ihr über die Vorschläge zur Regularisierung ihres Arbeitsverhältnisses zu diskutieren. In einem Pressecommuniqué erläuterten die Lehrbeauftragten, dass zwar die Ministerin ihren politischen Willen zu einer Regularisierungsmaßnahme signalisiert haben. Zu den einzelnen Vorschlägen haben sie aber keine Stellung bezogen. Diese sollen ihrer Ansicht nach in einer größeren Runde, zusammen mit den Lehrer-gewerkschaften, diskutiert werden. Der Landesverband bedauert das "erneute Hinauszögern, wodurch die dringend notwendigen Maßnahmen weiterhin auf die lange Bank geschoben werden", so das Kommuniqué. Eine Mobilisierungskampagne soll jetzt kurzfristig anlaufen.

Unsoziales Erdöl

**Die Grünen als
Weihnachtsmänner?
5.000,- LUF soll jedeR im
Land erhalten, um
ökologisch Sinnvolles zu
tun. Ziel: Über 400.000
Tonnen an CO₂ sollen
weniger produziert werden.**

(ergue) – Die rezente Erdölkrise macht es deutlich: Erdöl als Energieressource hat keine Zukunft. Die derzeitigen bekannten Reserven sollen zwar noch 30 Jahre reichen, doch der jährliche Verbrauch an Erdöl hat sich in den letzten Jahren so gesteigert, dass die Produktion nicht mehr folgen kann. Die Folge werden weitere Preissteigerungen sein, die Erdöl endgültig zu einem teuren, nicht für jeden erschwinglichen Rohstoff werden lassen. Die sozio-ökonomische Rechnung sieht noch katastrophaler aus: "In der politischen Auseinandersetzung um einen verringerten CO₂-Ausstoß spielt Luxemburg die Rolle des schmutzigen Zwerges", so die harten Worte des grünen Europa-Abgeordneten Claude Turmes, anlässlich der Vorstellung der "Oekobong"-Aktion der Luxemburger Grünen. Ohne Arbed und Tanktourismus überhaupt mitzuzählen, produzierten die LuxemburgerInnen pro Kopf mindestens 15 Tonnen CO₂ im

Jahr. Damit stünden sie mit den
US-Amerikanern ziemlich allein
an der Spitze.

1,7 Milliarden Franken, so rechnet der grüne Abgeordnete François Bausch vor, würde der Luxemburger Staat, allein durch TVA-Mehreinnahmen, dank der derzeitigen Ölkrise mehr verdienen. Hinzu kommt, dass den AutofahrerInnen an der Benzinpumpe pro Liter ein Obolus für eine Transportpauschale abverlangt würde, die perverser Weise so berechnet wird, als würde das in Luxemburg verbrauchte Öl integral über die Bahn transportiert. Tatsächlich dürfte aber nur ein Drittel "umweltschonend" per Bahn ins Großherzogtum gelangen, der Rest kommt über die Straße. Würde der Staat nur Transporte vergüten, die über die Schiene ausgeführt werden, könnten fast 500 Millionen LUF im Staatssäckel verbleiben. Für das Jahr 2000 stünden also schätzungsweise 2,2 Milliarden LUF zusätzlich zum geplanten Haushalt zur Verfügung.

Diese Mehreinnahmen wollen die Grünen der Bevölkerung rückvergüten. Allerdings nicht etwa durch eine Benzinpreissenkung, sondern mit Hilfe eines "Oekobongs", der an alle EinwohnerInnen verteilt wird. Dieser Gutschein berechtigt alle Kinder wie Erwachsene, Ausländer wie Einheimische - vier beispielhaft ausgesuchte Maßnah-

De rythmes en structures

Une intéressante coalition entre parents d'élèves et défenseurs de l'école publique mobilise en faveur d'une généralisation de structures d'accueil pour les élèves du primaire.

(roga) - La dynamique de l'association "Elteren mobilisierender" est par rapport à la fédération des parents d'élèves - FAPEL - un peu ce que représente la "Schülerdelegatioun" comme contrepoids face à la Conférence générale des élèves, elle aussi une fédération nationale paralyisée par une nébuleuse représentativité.

Qui eût cru que les parents mobilisés au sein de l'initiative citée se seraient contentés de l'introduction tous azimuts de nouveaux rythmes scolaires - "ils ne sont intéressés qu'au samedi libre", avait-on murmuré - s'était durablement trompé. Les préoccupations de "Elterner mobiliséieren" continuent de se centrer sur tout le volet de la prise en charge des élèves. De plus, les forces vives de la parenté estiment que d'abord les structures d'accueil décentes pour tous les élèves, dont les parents en font la demande, constituent un droit fondamental pour ces enfants, ceci d'autant plus qu'on est dans un pays où le financement ne pose problème. Ensuite, c'est l'école publique qui devrait

être responsable, du moins pour tous les volets ayant trait à l'enseignement: apprentissage social et individuel supplémentaires, école des devoirs, cours d'appui. Hélas, la séparation des compétences entre Mme Brasseur pour l'enseignement et Mme Jacobs pour les structures d'accueil ne favorise guère ni l'installation de ces structures ni la cohérence d'un concept - si concept il y avait.

Une recherche de partenaires engagés s'est donc imposée, et les parents les ont trouvés auprès de la FGIL et de la Ligue de l'enseignement. Défenseurs farouches de l'école publique, leurs responsables Jean-Claude Reding et Ed Kirsch ont mis l'accent, lors d'une première conférence de presse commune, sur le principe de l'égalité des chances, qui sans structures d'accueil performantes généralisées n'est qu'un postulat dénué de contenu. Arguments économiques chers à Juncker aussi, puisque la conclusion du sommet de Lisbonne de porter le taux d'activité de femmes - 48,5

pour cent chez nous - à 60 pour cent en l'an 2005 n'est pas réalisable sans les efforts en matière d'accueil d'enfants.

Manou Hoss, responsable de "Elteren mobiliséieren", a pour sa part rappelé les déficits dans l'approche gouvernementale. Les parents auraient préféré que les communes disposent d'un canevas clair pour l'établissement des structures d'accueil. Critères de qualité d'abord avec la définition de l'éventail des services offerts: accueil le matin avant le début des cours, une restauration de qualité, des curriculums structurés l'après-midi portant sur des activités favorisant le développement personnel et social, des activités ludiques, sportives et culturelles, une école des devoirs et des cours d'appui, ces derniers étant des piliers essentiels pour la promotion de l'égalité des chances pour tous les élèves. Les parents et les associations pour l'école auraient préféré des délais réalistes, mais contraignants pour l'établissement des structures d'accueil dans toutes les communes. En attendant, ils/elles demandent que les ministres concernées jouent un rôle proactif dans la motivation morale et financière des communes.